

Bezirksrat Niederrhein-Wupper

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freitag, 27. Februar 2015 • 19:00 Uhr • LGS, Düsseldorf
Protokoll

1. Ben Joppen begrüßt die Versammlung und entschuldigt Ulle Schauws, die verspätet eintreffen wird, da sie sich noch auf dem Weg zum Bezirksrat von einem Arbeitstreffen in Berlin befindet.
2. Oliver Krischer (Abgeordneter der Europaparlaments) trägt zur Energiewende light vor (inhaltliche Notizen siehe Anlage)
3. Diskussion und Beschlüsse zur ersten Satzung des Bezirksverbands Niederrhein-Wupper (NrW)

Die vom Bezirksvorstand entworfene Satzung für den Bezirksverband NrW wurde bereits auf dem Bezirksrat am 28.11.2014 vorgestellt und diskutiert. Der Bezirksvorstand bat die Mitglieder des Bezirksrats damals um Einreichung von Änderungsanträgen/-wünschen.

- a. Erster Änderungsantrag zu 3.1.1 des Satzungsentwurf „Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bezirksrats“ – Delegiertenschlüssel

Da die im Entwurf vorgeschlagene Zusammensetzung des Bezirksrats nicht mit dem Parteiengesetz vereinbar ist, schlägt der Bezirksvorstand folgenden Delegiertenschlüssel zur Besetzung des Bezirksrats NrW vor:

Zur Ermittlung der delegierten pro Kreisverband gilt folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 20 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder des Bezirksverbandes dividiert, wobei das Ergebnis auf eine volle Zahl aufgerundet wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall mindestens zwei betragen muss (Grundmandat). Die Mindestquotierung ist zu beachten. Näheres regelt das Frauenstatut.

- i. Abstimmung
Dafür: 18 Stimmen
Dagegen: 3 Stimmen
Enthaltungen: keine

- b. Zweiter Änderungsantrag zu 3.1.1 des Satzungsentwurf „Zusammensetzung und

Arbeitsweise des Bezirksrats“ – Benennung der Bezirksratsdelegierten der Grünen Jugend (GJ)

Es wird diskutiert, ob die Bezirksratsdelegierten der GJ auch Mitglieder der Mutterpartei Bündnis 90/DIE GRÜNEN sein müssen.

In der Diskussion erklärt die GJ, dass sie Ihre Delegierten zu den Organen der Mutterpartei bereits nach diesem Prinzip entsendet.

- i. Abstimmung
 - Dafür: 11 Stimmen
 - Dagegen: 9 Stimmen
 - Enthaltungen: 1 Stimme

c. Verabschiedung der ersten Satzung für den Bezirksrat NRW

Es wird diskutiert, warum ein/e Schatzmeister*in im geschäftsführenden Vorstand vorgesehen ist.

Aufgenommen wurde die/der Schatzmeister*in in der Satzung des Bezirksverbandes NRW, da der entsprechende Absatz in der Landessatzung §5(2) diese Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes eines Bezirksverbandes vorsieht. Über die Einführung und Ausgestaltung eines Haushaltes wird sich die/der Schatzmeister*in mit den Mitgliedern des Bezirksrats und mit den Kreisverbandsvorständen und Ihren Mitgliedern austauschen.

- i. Abstimmung

Die Satzung wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen (vgl. 3.1 und 3.2) einstimmig verabschiedet.

4. Verschiedenes und Berichte

- a. Die Delegierten des Kreisverbands Mettmanns berichten über die Neugründung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Tourismus NRW und laden herzlich zur nächsten Sitzung am 16. Mai 2015 in Aachen ein.
- b. Der Arbeitskreis Verkehr des Bezirksrats NRW tagt das nächste Mal am 26. März 2015 voraussichtlich in Krefeld, die Einladung folgt in der kommenden Woche.
- c. Bericht aus der Bundestagsfraktion (Ulle Schauws, MdB)
Die bündnis-grüne Fraktion war geschlossen für die Verlängerung der

Griechenlandhilfe. Eine FAQ-Liste zur Griechenlanddebatte wird über den Verteiler versendet.

5. Die nächsten Termine

- a. 05. März 2015: Aufbruch 2017 in der LGS NRW, Düsseldorf
- b. 08. Mai 2015: Bezirksrat NrW in Krefeld; u.a. Vorstandswahl
- c. 26. Juni 2015: Fahrradtour des Bezirksverbands NrW, Arbeitskreis Verkehr vom Niederrhein nach Venlo, Streckenweise mit der Bahn, besonderes Tourziel: die großen Kreisverkehre für Fahrräder in Venlo

Anhang: Stichworte zum Fachvortrags auf dem Bezirksrat vom 27. Februar 2015 "Energiewende Light" von Oliver Krischer

Die Motivation zur Energiewende es aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden. Die Frage ist: Wo stehen wir (Deutschland) heute?

In den letzten 15 Jahren von 4 % auf heute 30 % erneuerbare Energien angestiegen nach der Schweiz hat Deutschland die höchste Versorgungssicherheits; Ausfallquote liegt bei 15 Minuten (in der Schweiz 12-14)

Strompreisen angestiegen, aber nicht so hoch wie prognostiziert wurde

Die nächste Frage ist: wie müsste es weitergehen?

EEG-Zuschüsse sind für die Fotovoltaik von 50 Eurocent auf unter zehn Eurocent gesunken; beim Wind sieht ähnlich aus

allerdings war die Förderung für die Technologie notwendig

festgestellt wurde das Kohle- und Atomstrom wesentlich teurer wären

Beispiel bei der Neuplanung eines Atomkraftwerks in Großbritannien:

Der Betreiber verhandelt über eine festgeschriebene Vergütung von elf Eurocent für die nächsten 30 Jahre; zuzüglich einem Inflationsausgleich; zuzüglich der Kostenübernahme für die Entsorgung, und ohne eine Übernahme für Entschädigung

der Strompreis für Windenergie liegt heute trotz EEG Zulage bei achtet Eurocent

Die Konsequenz ist: Das Wind und Sonne die Energieträger der Zukunft werden müssen. Sie benötigen ein flexibles Backupsystem, ein intelligentes, weit verzweigtes Netz und die Möglichkeit auf Lastverschiebung zum Beispiel mittels Speicher oder Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungssystemen

Verlierer der Energiewende:

Die großen Energieversorgungsunternehmen, aber deren Kosten tragen die privaten Haushalte, dennoch jammert die Industrie stärker als der private Sektor

Die Landschaftsveränderung: Bei vielen hat sich eine Haltung wie, "ich bin ja dafür, aber nicht vor meinem Haus, nicht in meinem Wald, nicht auf meinem Feld" usw.

Was macht die Bundesregierung falsch beim erneuerbaren Energieausbau?

Zum Beispiel die letzte EEG-Novelle ist wie eine Abrisssbirne eingesetzt worden;

die Fotovoltaik und der Biomasseausbau gehen gegen Null

Eigennutzung wird besteuert, das kommt einer Bestrafung gleich

besser wäre es, die Eigenerzeugung systemdienlich zu gestalten

die Biomasse wurde komplett "kaputt gestrichen"

besser wäre eine Trennung der Biomasseerzeugung von der Massentierhaltung

und der Vermaisung gewesen

größtes Problem der Biomasse ist, dass die Biomassetechnologie mit all ihren Nachteilen

weiterhin exportiert wird;

gerade die Energiewende ist aber nunmal kein grenzenbezogenes Problem

Energiekonzern trotz EEG Novelle sich alles einigermaßen halten aber 2016/2017 wird auch das runtergefahren; gibt keine Festpreise mehr Journalist muss ausgeschrieben werden und wieder wird es an die großen Konzerne gehen

Eins der größten Probleme der Bundesregierung ist, dass sie ihre Ziele mit all ihren Maßnahmen nicht einhalten wird, die bisherigen Maßnahmen widersprechen ihren eigenen Klimaschutzziele

Ein möglicher Vorschlag wäre ein CO₂-Budget für Kraftwerke - Oliver Krischer ist gerne bereit mehr Informationen dazu zur Verfügung zu stellen

Ein weiteres Problem ist, dass die Konzerne veralteten Anlagen nicht effektiv zurück gebaut werden, da zum Beispiel der Emissionshandel nicht funktioniert und somit dynamische Anlagen nicht genutzt werden können.

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung gehen die Rahmenbedingungen der Bundesregierung in die falsche Richtung, das BMWi hat die Theorie aufgestellt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung nicht ins System passt; Nordrhein-Westfalen zeigt dagegen sehr gut, wie es trotz der Rahmenbedingungen des Bundes funktionieren kann

Eine weitere Möglichkeit der Verbesserung im Energiesektor durch politische Maßnahmen wären Kapazität Märkte:

vorgehaltene Leistung muss auch bezahlt werden

dies muss strukturiert werden und es muss so aufgebaut wenn es die richtigen Annahme unterstützt

80 % des Gasverbrauchs geht in die Heizenergie

Energieverbrauch für den Verkehr sieht die Bundesregierung überhaupt keine Maßnahmen vor

zwei Drittel der weltweiten Energieinvestitionskosten gehen in die erneuerbare Energien

einer Umfrage kam raus dass 90 % der Deutschen hinter der Energiewende stehen

Umstellung der Energieträger im Verkehr würde die Realisierung der CO2 Einsparung voranbringen

58 Milliarden € pro Jahr Subventionen zahlt die Bundesregierung Deutschland für fossile Energieanlagen

Auch die europäische Energieunion stellt wieder nur einen dünnen Kompromiss da; besser wäre eine erneuerbare Energieunion oder eine Klimaschutz Energie Union